

Polizei 2020: Die Herausforderungen der Zukunft



imedia

Neue Kriminalitätsformen stellen die Polizei vor neue Herausforderungen. Die Wissenschaft hat Einzug in die Laboratorien der kriminaltechnischen Untersuchung gehalten.



In den kommenden Jahren wird die Arbeit auf dem Polizeiacker nicht ausgehen. Der dringende Wunsch nach Anpassung, sprich Modernisierung ist nachvollziehbar. Der Rede von Generaldirektor Romain Nettgen zur Patronatsfeier Anfang Oktober war in Sachen „öffentliche Sicherheit“ so manches in die Zukunft weisendes zu entnehmen. Der Chef der Polizei hat den zahlreichen anwesenden prominenten Gästen – schließlich fand der Empfang knapp zweieinhalb Wochen vor den Kammerwahlen statt – seine Vision der modernen Polizei dargelegt.

Kriminalitätsbekämpfung, Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Verkehrssicherheit sowie Gefahrenvermeidung sind und bleiben die prioritären Aufgaben der Polizei.

Sie steht ganz und gar im Dienste der Rechtsstaatlichkeit. Diese hoheitliche Funktion wird im Interesse der öffentlichen Sicherheit und dem damit verbundenen Sicherheitsgefühl ausgeübt, die die Grundelemente einer guten Lebensqualität sind.

Ein Bericht des statistischen Amtes (STATEC) aus dem Jahre 2002 zum Thema Sozialkohäsion und Sicherheitsgefühl situieret das Großherzogtum, hinter Schweden und Norwegen, unter die drei EU-Besten. Auch unsere Hauptstadt schneidet in der weltweit durchgeführten Mercer-Studie (Ausgabe 2011) ausgezeichnet ab. Sie ist

Spitzenreiter im internationalen Städtevergleich in Sachen Sicherheit.

Diese vorbildlichen Platzierungen können allerdings nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass sich die Kriminalität in wirtschaftlichen Krisenzeiten bei schwindender Sozialkohäsion, übergreifender Globalisierung, schleichender Armut und ständig und immer schneller wachsenden Bevölkerungszahlen rasant entwickelt.

Der Trend hält sich zwar nach rein quantitativen Gesichtspunkten in Maßen, allerdings bereitet die besorgniserregende negative Delinquenzqualität immer größere Probleme.

Die letzte auf die ersten acht Monate erhobene Polizeistatistik zeigt ganz klar, dass Luxemburg vorwiegend unter den Verbrechen gegen das Eigentum leidet.

Im Vergleich zur Referenzperiode 2012 nehmen die einfachen Diebstähle besonders stark zu.

Ähnliches gilt für die gewalttätigen Raubstrafataten, und zudem gibt es eine schon länger andauernde, heftige Serie von Einbrüchen in Autos.

Demgegenüber stagnieren vorläufig die Hauseinbrüche. Sogar der Vandalismus ist zurückgegangen.

Die rein personenbezogenen Straftaten neigen zwar eher zum Status Quo, jedoch stellt die Entwicklung der Gewaltbereitschaft die Polizei vor wachsende Herausforderungen. Die Vorgehensweise der Täter wird immer dreister. Das Messer ist mittlerweile als Tatwaffe quasi zur Regel geworden. Dieses Phänomen, kombiniert mit übermäßigem Alkohol- oder illegalem Rauschgiftkonsum, verleiht dem früheren doch eher routinemäßigen Polizeieinsatz bei Schlägereien eine neue Dimension. Das Berufsrisiko des Polizisten ist in den vergangenen Jahren um ein Vielfaches gestiegen.

In diesem Zusammenhang bleibt die Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität vorrangig. Handel, Beschaffungskriminalität, aber auch die sozialen Folgen des einfachen Drogenkonsums haben zum Teil verheerende Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben, wie es die rezenten Vorfälle in verschiedenen Vierteln der Stadt Luxemburg gezeigt haben.

Hinzu kommt, dass das wachsende Armutsrisiko gewisse Bevölkerungsschichten im In- und im nahen Ausland immer häufiger in die Kleinkriminalität treibt oder wenigsten hart an die Delinquenzgrenze abrutschen lässt.

Ist die Polizei heute gegenüber dieser Situation richtig aufgestellt?

Ihr Chef ist der Meinung, dass ein gewisses Umdenken notwendig geworden ist:

„Dëst Kriminalitéitsbild ríff natierlech d'Police an d'Justizautoritéit, besonnesch um Niwo vun den Enquêtes op den éischte Plang, iwwerdeems aus präventiver Sicht, zum Deel zu Recht, besonnesch méi visibel Polizeipräsenz gefuerdert gëtt. Dat ass méiglech, mee awer net ëmmer einfach, well d'Rigiditéit vun eise Strukturen et net ëmmer zouléisst.“

*Romain Nettgen
(2. Oktober 2013)*



Romain Nettgen (Generaldirektor)

Neue Wege beschreiten

Die Notwendigkeit einer Reorganisation der Polizei ist unumstritten. Deswegen sind bereits heute, obwohl noch kein definitiver Gesetzesvorschlag auf dem offiziellen Instanzenweg ist, erste Schritte in die Wege geleitet worden. Auch hat man sich Gedanken über eine Reform des Disziplinargesetzes und der Generalinspektion der Polizei gemacht, alles Projekte, die in mehr oder weniger direktem Zusammenhang mit der Reform des Staatsbeamtenstatuts stehen, in deren Rahmen der Polizei eine besondere Stellung zukommt.

Es gibt demnach eine Reihe von Initiativen, die heute zum Teil als Pilotprojekte funktionieren:

Elf Interventionszentren wurden mit ihren Proximitätskommissariaten zusammengelegt, und zwar überall dort, wo es die infrastrukturellen Bedingungen zulassen.

„... dëse quantitativen Trend (...) dierf awer d'Tatsaach net verstoppen, dass den Ëmgang tëscht de Leit nach emol méi räu ginn ass. Eng ganz Parti Tëschefäll mat Blesséierten, bei deenen ëmmer méi mat Messeren hantéiert gëtt, sinn Iech sëcher net entgaang.“

*Romain Nettgen
(Ried um Patronatsfest
vum 2. Oktober 2013)*

Der Polizeihelikopter NDX902 McDonnell Douglas





Polizei 2020: Die Herausforderungen der Zukunft

sen. Die neuen *Commissariats de proximité et d'intervention* ermöglichen einen besseren, meist durchgehenden Empfang des Bürgers, einen prozedural vereinfachten und direkteren Kontakt zu der lokalen Autorität, beziehungsweise zur Geschäftswelt. Der Polizist ist fester in der Gesellschaft verankert und kann sich so, als *Serviceprovider* der öffentlichen Sicherheit, intensiver in das soziale Leben einbringen.

Zur Zeit laufen für vier lokale Proximitätskommissariate Optimierungsprojekte. Der Zusammenschluss in neue Kommissariatsgemeinschaften soll die Polizeiarbeit flexibler, effizienter und kostengünstiger gestalten.

Die Inspektionen aus dem Kayldall, Eich / Limptersberg, Bavigne / Heiderscheid und neuerdings auch Niederanven / Roodt-Syr arbeiten mittlerweile unter einer Führung von einer zentralen Stelle aus.

Es wurde keine Dienststelle geschlossen, allerdings gibt es verschiedene Änderungen in Bezug auf die Öffnungszeiten, welche meistens für eine der beiden betroffenen Einheiten, den lokalen Gegebenheiten angepasst werden. Im Gegenzug ermöglicht dies längere Öffnungszeiten der meist in der Nähe gelegenen Hauptstelle, eine größere Verfügbarkeit der Polizisten, also auch mehr Streifen und zudem eine Optimierung der Betriebskosten.

„Et gëtt duerfir Zäit, dass wann et ëm Flexibiliséierung an Effizienz vun de Polizeistrukturen geet, am Intérêt vun der Allgemengheet iwwert de lokale Kierchtuerm ewech gekuckt gëtt.“

Romain Nettgen
(2. Oktober 2013)

Politische Initiative gefragt

Neue Herausforderungen bedürfen meist neuer Mittel, besonders in der Kriminalitätsbekämpfung. Angesichts des ständig wachsenden polizeilichen Arbeitspensums, zum Beispiel durch die Inbetriebnahme einer neuen Justizvollzugsanstalt, die Einführung der automatischen Geschwindigkeitskontrollen oder auch durch ein erweitertes Angebot von sichtbarer vorbeugender Polizeipräsenz, bietet sich eine konsequente Fortführung der bisherigen Rekrutierungspolitik förmlich an. Dies gilt für die auszubildenden Polizisten, aber auch für spezialisiertes, hochgeschultes Zivilpersonal, wenn auch in einem quantitativ geringeren Maße. Die Kriminalitätsbekämpfung gestaltet sich immer wissenschaftlicher, technischer und komplexer, und auch die Verwaltungstechnologien verlangen dringend nach spezialisiertem Know-how.

Dadurch gewinnen sowohl die polizeiliche Grundausbildung wie auch die kontinuierliche Fortbildung an Bedeutung, ganz im Sinne der *lifelong learning*-Philosophie. Die Struktur der Polizeischule sowie die dort angebotenen Lehrprogramme werden sicher allen neuen Aspekten des öffentlichen Sicherheitsmanagements Rechnung tragen müssen. Die Polizei darf sich gerade deswegen auf diesem Gebiet einigen neuen externen Ideen nicht verschließen.

„Am Laf vun de Joren ass et eis ëmmer erëm gelongen, d'Programmer vun der Policeschoul ze adaptéieren. Mir sinn elo op engem Ponkt ukomm, wou et wichteg ass, fir déi ganz Formatioun grëndlech, vu Kapp bis Fouss, ze durchluchten an se fit fir déi nächst Jooren ze maachen. D'Inspection Générale ass vum Minister mat engem Audit befaasst, mee parallel si mer awer och Demandeur, fir eis supplementär spezialiséiert Hëllef vu bäussen, déi e verdéiften, méi wëssenschaftleche Blëck op déi Fro werfe soll, ze huelen.“

Romain Nettgen
(2. Oktober 2013)

Die Polizei verrichtet ihre Arbeit im Rahmen der niedergeschriebenen Gesetze, wobei der kriminalen Prozessordnung eine besondere Rolle zukommt. Es bedarf allerdings einer regelmäßigen Anpassung der bestehenden Texte oder, wenn nötig, der Verfassung neuer Gesetze, um der galoppierenden Kriminalitätsentwicklung Rechnung zu tragen.

Der sogenannte Platzverweis wird seit langem debattiert. Bekanntlich stand das Thema vor kurzem auf dem Gebiet der Hauptstadt im öffentlichen Interesse. Die Meinung, dass die Polizei ein solches Mittel braucht, gewinnt mehr und mehr Anhänger. Wahr ist, dass der Platzverweis ein nicht unwesentliches Werkzeug für den Polizisten werden kann, besonders bei der Lösung eines Teiles der Probleme in Zusammenhang mit der Gefährdung der öffentlichen Ordnung. Damit sind allerdings nicht alle Sorgen vom Tisch. In diesem besonderen, nicht unbedingt hochkriminalisierten Bereich, ist konzertiertes Handeln über das ganze soziale Spektrum hinweg, also nicht nur von der Polizei, gefragt.

Ähnlich verhält es sich mit den Kompetenzen, die einem zu schaffenden Ordnungssamt zugestanden werden sollen. Die Polizei verschließt sich dieser Neuerung nicht, weist aber darauf hin, dass das Gewaltmonopol exklusiv in staatlicher Hand bleiben muss. Eine solche Institution ergibt nur Sinn, wenn sie die öffentliche Macht auf verschiedenen, nicht direkt polizeibezogenen Punkten entlastet, so dass diese sich besser ihren Kernaufgaben widmen kann. Es darf keine neue, versteckte Belastung des Polizeiapparates erfolgen, und vor allem darf der Bürger nicht durch Kompetenzfragen verunsichert werden.

Die Politik ist in der Pflicht, hier klare Verhältnisse zu schaffen.

Datenschutz und Schutz der Privatsphäre

Verständlicherweise wächst das Misstrauen in der Bevölkerung besonders in diesen Zeiten, sobald die öffentliche Hand in der Strafverfolgung auf neue, vor allem IT-basierte Technologien, zurückgreifen will.

Cybercrime, kriminaltechnische DNA-Untersuchungen, Zugang zu Datenbanken, Aufbewahrung von Daten und der Einsatz von Kameraüberwachung werden auch in Polizeikreisen gründlich analysiert und diskutiert.

Grundlage der polizeilichen Arbeit muss die kriminale Prozessordnung bleiben. Die Nutzung neuer Ermittlungstechniken ist allerdings unabdingbar, sollen Recht und Gesetz nicht leer ausgehen. Der Ermittler braucht Rechtssicherheit, um seinen Job anständig erledigen zu können, und deswegen dürfen diese neuen Mittel



Fortbildung: Ein Ausbilder erklärt den Mitarbeitern von der Presse- und Kommunikationsstelle die Funktionsweise einer Studiokamera.

nicht lediglich nach Gutdünken des Einzelnen, sondern auf der Grundlage klar formulierter Texte eingesetzt werden.

Das erfordert eine delikate Gratwanderung zwischen der erfolgreichen Strafverfolgung von hochkriminellen Tätern und der Wahrung der persönlichen Rechte der Bürger. Ein klarer politischer Entschluss muss im Interesse der Menschen und ihrem Recht auf dem Respekt ihrer Privatsphäre gefasst werden.

„Déi esou vill evokéiert Gratwanderung téscht der Bekämpfung vu schwéierer Kriminalitéit an deene perséinleche Fräiheeten muss endlech am Intérêt vum Bierger gemaach ginn. Bis elo gouf just driwwer geschwat.“

*Romain Nettgen
(2. Oktober 2013)*

Ziel war es damals in erster Linie, die Bevölkerung verstärkt über die Presse und so aktuell wie möglich regelmäßig mit überprüften Informationen zu versorgen.

Die damalige GENDAPOL-Telex-Operation, mit einer gewissen Vorliebe für gestohlene Fahrräder und entlaufene Haustiere, war den Gegebenheiten der damaligen Zeit wahrscheinlich angepasst, wirkte aber angesichts der neuen Kommunikationstechnologien plötzlich sehr „antiquarisch“.

Das offene Verhältnis der Polizei gegenüber den Medien ist trotzdem erhalten geblieben. In den heutigen citizen journalism-Zeiten und dem extrem schnellen, schrillen und vor allem auf das Bild aufgebauten Multimediaangebot ist die Presse weiterhin ein privilegierter Partner der Polizei geblieben.

Dies schließt allerdings nicht aus, dass die Ordnungskräfte auch auf andere Möglichkeiten zurückgreifen: So wurde im Laufe der Zeit die Öffentlichkeitsarbeit durch systematische Teilnahmen an Veranstaltungen, an verschiedenen Messen, bezahlten Medienkampagnen, Informationsversammlungen mit der Bevölkerung oder

dem *Relooking* des nationalen Polizeitages konsequent gestärkt.

Seit 2009 kommen auch die Sozialmedien bei der Polizei zum Einsatz. Sie ermöglichen es, neue, bis dahin noch nicht erschlossenen Zielgruppen, mobil, direkt und interaktiv zu erreichen. Diese neuen Kommunikationsmittel bieten aber vor allem eine bessere Vermittlung von Präventionsinformationen (zum Teil aus dem Ressort Internetkriminalität) und eine neue Art des Dialogs mit dem Bürger, der beispielsweise über ein virtuelles Polizeikommissariat im Internet der Polizei seine Sorgen, Wünsche und Beschwerden – und zwar mit Antwortgarantie! – mitteilen kann.

Um den neuen Informationsgewohnheiten der Menschen Rechnung zu tragen, kommt dabei der Bildverarbeitung eine besondere Bedeutung zu. In diesem Sinne arbeitet die Polizei seit 2007 mit Videoclips, die auf der Internetplattform der Verwaltung abrufbar sind.

Dieses audiovisuelle Angebot, auf aktuelle Information und vor allem Präventionsbotschaften aufgebaut, wurde Ende dieses Jahres durch neue Formate, unter dem Konzeptnamen *Police TV*, erweitert.

Weitere Informationen finden Sie unter www.police.lu.

Trotz ihrer Attraktivität werden diese neuen Kommunikationsmittel allerdings nie das allerwichtigste Kapital der Luxemburger Polizei ersetzen können: Die Polizistinnen, die Polizisten und das Zivilpersonal bleiben das Trummpfass, und dies wird sich in absehbarer Zukunft auch nicht ändern.

Vic Reuter

Das neue Fernsehstudio der Polizei, dessen Sendungen über www.police.lu abrufbar sind.



Zusammen mit dem Bürger Schritt mit der Zeit halten

Moderne Polizeiarbeit findet optimalerweise im Einklang mit den Vorstellungen und Wünschen des Bürgers in bestmöglicher Transparenz statt.

Deswegen gestaltet sich das polizeiliche Wirken im direkten Dialog mit ihm. Dieser vorrangige Kontakt ist elementarer Bestandteil einer hochqualitativen öffentlichen Dienstleistung.

Um den Bürger schneller und direkter zu erreichen, soll deshalb auch der Nutzung moderner interaktiver Kommunikationsmittel Rechnung getragen werden.

Die Reorganisation der öffentlichen polizeilichen Kommunikation hat Anfang der Jahrtausendwende, nach mehr als fast zweihundertjährigem Schweigen, begonnen.